

Editorial

„Neoliberalismus“

„Neoliberalismus“ ist ein schillernder Begriff, dem sowohl von seinen Kritikern als auch von seinen Apologeten eine Vielzahl unterschiedlicher Bedeutungen vom Allheilmittel ökonomischer Probleme bis hin zur Verkörperung aller Übel der heutigen Welt zugesprochen wird. Für Soziale Bewegungen, vor allem für die globalisierungskritische Bewegung, hat das Konzept „Neoliberalismus“ eine wichtige Funktion: Es vereinfacht den politischen Raum, indem es zwei Lager bildet, wobei das neoliberale Feindbild klar benannt werden kann. Dies ist sicherlich eine politische Stärke, wenngleich es die Tendenz gibt, Differenzierungen zu unterschlagen.

Im Gegenlager wurde die Bezeichnung „Neoliberale“ in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen nicht akzeptiert, eher sprach man – je nach Position – von Monetaristen oder von Neoklassikern. Politisch sehen sich Neoliberale selber lieber als Modernisierer, als technokratische „Macher“, deren fortschrittliche Aufgabe es ist, Reformstaus abzubauen. Neoliberalismus hat den Hauch von Neuerung. Im öffentlichen Diskurs – nicht nur in Deutschland – wird die Differenz zwischen neoliberalen Modernisierern und traditionalistischen Blockierern aufgemacht. Das ist ein Argumentationsmuster, dass Erinnerungen an längst vergangen geglaubte Diskussionen um die Modernisierungstheorie wachruft.

So wie der Neoliberalismus ideengeschichtlich keineswegs so modern ist, wie er sich gerne gibt, ist er auch, was die Umsetzung seiner Rezepte angeht, in die Jahre gekommen. Vor 30 Jahren wurde nach dem Putsch am 11. September 1973 gegen die demokratisch gewählte Regierung der *Unidad Popular* in Chile ein neoliberales Laboratorium eingerichtet. In der Folgezeit kam es unter Reagan und Thatcher in den 1980er Jahren auch in den kapitalistischen Zentren zu ersten neoliberalen Regierungen. Als soziales Projekt ist der Aufstieg des Neoliberalismus ab Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre im Kontext einer weltweiten Verwertungskrise zu sehen, die die gesellschaftlichen Projekte des Fordismus, etwa die sozialen Wohlfahrtsstaaten im Norden und die postkolonialen Entwicklungsstaaten im Süden, gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichen Konsequenzen erschütterte. Der Neoliberalismus kann deshalb durchaus als Reaktion

auf die Krise des Fordismus verstanden werden, der in den 1990er Jahren nach dem Kollaps des Staatssozialismus weltweit dominant wurde.

Es wäre indes zu reduziert, Neoliberalismus allein als ökonomisches Projekt begreifen zu wollen. Der neoliberale Diskurs etabliert ein „Wahrheitsregime“, das alternative Diskurse, wie keynesianische, marxistische, dependenztheoretische, an den Rand des Unsagbaren abdrängt. In der Ordnung des neoliberalen Diskurses werden sie nicht nur nicht gehört, sondern als Hirngespinnste, Utopien abklassifiziert. Allein der neoliberale Diskurs, allerdings nicht als ein homogenes und widerspruchsfreies System, sondern mit im Detail durchaus kontroversen Strategien, hat gesellschaftliche Plausibilität. Das Ökonomische wird naturalisiert, der Mensch als *homo oeconomicus* definiert, und in der Folge werden letztlich Menschenrechte zu Marktrechten gemacht.

Neoliberale Politik geht mit einer qualitativen Neudefinition der Rolle und der Bedeutung von Regierung und Staat einher. Das Ökonomische kolonisiert das Soziale, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Subalterne werden zu Unternehmerinnen und Unternehmern ihrer selbst, die mit rationalem Kalkül Investitionsentscheidungen zum Aufbau ihres Sozialkapitals treffen, an „Runden Tischen“ werden politische Entscheidungen ausgehandelt, und der Staat agiert als „Nationaler Wettbewerbsstaat“, der einem immer globaler werdenden Kapital als Dienstleister günstige Standortbedingungen anbietet.

Ende der 1990er Jahren jedoch zeigte sich, dass der Neoliberalismus in die Jahre gekommen ist. Die triumphalistische Phase des neoliberalen Diskurses ging zu Ende. Spätestens mit den einschneidenden Finanzkrisen (Asienkrise 1997/8, Brasilien 1998/9, Russland 1998) wurde deutlich, dass ein Großteil des Wachstums auf einer spekulativ aufgepumpten Blase beruhte. In Folge der Krise brach vor allem die *New Economy*, auf der ein großer Teil der die Wachstumserwartungen lasteten, zusammen.

In den 1980er und 1990er Jahren hat, trotz zum Teil beachtlicher Wachstumsraten, die Armut in vielen Ländern zugenommen. Zudem klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Als neues Phänomen ist die Entgrenzung von Armut zu beobachten, d.h. Armut macht sich tendenziell immer weniger am traditionellen Nord-Süd-Gegensatz fest, sondern es gibt global vernetzte, hochmoderne Archipele, die von abgekoppelten, verarmten Gebieten umschlossen sind. Diese Tendenzen bleiben auch den internationalen Entwicklungsinstitutionen nicht verschlossen. In der Weltbank setzte unter James Wolfensohn in den 1990ern eine Korrektur der traditionellen, monetaristisch inspirierten Strukturanpassungsprogramme ein, die letztlich auch vom IWF mitgetragen wurde. Wirtschaftliche Anpassungen wurden nun von Armutsbekämpfung und „Empowerment“ flankiert.

In den 1980er Jahren waren neoliberale und neokonservative Positionen eng miteinander verbunden. In den Zentren waren es konservative Regierungen, in der Peripherie, besonders in Lateinamerika, autoritäre Regime und Diktaturen, die eine marktradikale Umstrukturierung vollzogen. Ab Mitte der 1990er kamen zunehmend sozialdemokratisch orientierte Regierungen an die Hebel der Staatsmacht und die Diktaturen machten formalen Demokratien Platz. Sie traten an, um die schlimmsten Folgen marktradikaler Politik abzufedern. Auf der Suche nach einem „dritten Weg“ versuchten sie sich als Dompteure des „zu zählenden Kapitalismus“, tanzten letztlich aber ganz nach dessen Rhythmus.

Von diesen Verschiebungen ist gerade auch Entwicklungspolitik betroffen, wie *Aram Ziai* mit seinem diskurstheoretischen Artikel am Beispiel der entwicklungspolitischen Leitlinien der rot-grünen Bundesregierung herausarbeitet. Ziai bescheinigt der rot-grünen Entwicklungspolitik zwar eine Abkehr vom marktradikalen „Washingtoner Konsensus“ – dennoch bewegt sie sich im neoliberalen Diskurs. Es handelt sich um einen „weichen“, sozialdemokratischen Neoliberalismus mit grünen Einsprengseln, der die Notwendigkeit von Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit anerkennt, soweit sie kapitalistische Akkumulation befördern, Kriege verhindern und Migration eindämmen.

In diesem Zusammenhang wird das Verhältnis von öffentlichen und privaten Gütern, wie *Elmar Altvater* zeigt, neu bestimmt. Mit der neoliberalen Globalisierung wird die Privatisierung öffentlicher Güter zu einer weltweit dominanten Strategie. Um diesen Prozess differenziert analysieren zu können, diskutiert Altvater die Behandlung dieses Themas in der Kritik der Politischen Ökonomie und entwirft eine Typologie öffentlicher Güter. Er weist auf die meist negativen Effekte der unterschiedlichen Privatisierungspolitiken in Hinblick auf menschliche Sicherheit hin und entwirft schließlich einen Kriterienkatalog für die Beurteilung von Privatisierungsprozessen.

Sonja Bartsch und *Wolfgang Hein* beschäftigen sich mit einem speziellen öffentlichen Gut, nämlich Gesundheit, und zwar vor allem mit dem Zugang zu Arzneimitteln. Die neoliberale Weltwirtschaftsordnung hat die Vernachlässigung der pharmazeutischen Forschung zu Krankheiten, die vor allem arme Länder betreffen, verstärkt und mit der Vereinheitlichung des Patentrechtes im Rahmen des TRIPS-Abkommens die Preise neuer Medikamente in die Höhe getrieben. Dies hat zur Entstehung neuer Governance-Strukturen in der weltweiten Gesundheitspolitik, vor allem zur Entwicklung von umfangreichen *Global Public-Private Partnerships* geführt, deren Rolle kritisch diskutiert wird.

Auch in der entwicklungspolitischen Diskussion machte sich Skepsis breit, da die Länder, die eine erfolgreiche nachholende Entwicklung aufweisen, gerade nicht neoliberalen Lehrbüchern folgten. Auf Grundlage umfangreicher, empirischer Daten erstellt *Robert Kappel* eine Klassifikation von Ländergruppen nach

deren Außenhandelsstruktur und erklärt, warum bestimmte Länder zu den Globalisierungsgewinnern zählen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Länder mit endogener Industriebasis am ehesten anschlussfähig sind. Doch ist dies kein notwendiges Kriterium, denn erfolgreich sind vor allem die Länder, die eigene Potenziale entwickeln und letztlich eine endogene Entwicklungsstrategie entwerfen.

Die politische Verwendung des Begriffs „Neoliberalismus“ kümmert sich wenig um die tieferen, wissenschaftlichen Grundlagen neoliberaler Theorien. *Bernhard Walpens* Beitrag rekonstruiert die Genese des Neoliberalismus in ideengeschichtlichen Perspektive. Dabei fasst er Neoliberalismus eher als politische Weltanschauung denn als einheitliche Theorie auf, wie etwa die Liste renommierter Mitglieder der Mont-Pèlerin-Society – 1947 gegründet und von vielen als Inbegriff neoliberaler Ökonomie gesehen – zeigt: Ludwig Erhard, Walter Eucken, Milton Friedman, Wilhelm Röpke u.v.a.. Es gibt starke Verknüpfungen zwischen methodischem Individualismus und Neoliberalismus, doch berufen sich keineswegs alle Anhänger des letzteren auf den methodischen Individualismus (z.B. Friedrich v. Hayek und Milton Friedman). Andererseits können auch Argumentationslinien von Karl Marx, vor allem aber von marxistischen Historikern wie E.P. Thompson dem methodischen Individualismus zugeordnet werden. Dieser wissenschaftstheoretischen Differenzierung und Klarstellung steht allerdings die politische Instrumentalisierung des Individualismus als Gegenpol zu den vermeintlich totalitaristischen Kollektivismen wie Sozialismus und Faschismus entgegen. Walpens Plädoyer geht deshalb in die Richtung, nicht den Simplifizierungen eines neoliberal-kritischen Einheitsdenkens aufzusitzen, sondern gerade die Widersprüchlichkeit und Differenziertheit von Theorien im Neoliberalismus herauszuarbeiten.

Die Entwicklungen in einzelnen Weltregionen sind beeinflusst von den krisenhaften, globalen Entwicklungen und den unilateralistischen Bestrebungen der ökonomischen und militärischen Hegemonialmacht USA, den spezifischen Auswirkungen neoliberaler Globalisierung in den Regionen sowie den Hoffnungen auf neue politische Kräfte. Aktuell mehren sich die Anzeichen für eine erneute Rezession in den USA, die deren hegemoniale Position gefährden könnte. Auch ist nach wie vor offen, wie weitreichend sich Weltpolitik nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verändert hat.

Der Beitrag von *Huang Ping* stellt hierzu die bei uns nahezu unbekannte, kritische, chinesische Diskussion dar. Er betont die Herausforderung, die dieses Ereignis für die Supermachtrolle der USA, aber auch für eine auf Nationalstaaten beruhenden Weltordnung bedeuten, und fragt nach der Positionierung Chinas im Rahmen eines verbreiteten, binären Denkens in Kategorien wie „Gut“ und „Böse“. In diesem Zusammenhang müsse sich China auch den eigenen Herausforderungen stellen, die das Ergebnis der Marktgläubigkeit bei den Reformen

der letzten Jahrzehnte seien, etwa die Zunahme der Armut oder die Vernachlässigung der ländlichen Regionen.

Ingo Malcher analysiert die neoliberale Hegemonie im Lateinamerika der 1990er Jahre. Trotz vielfältiger Formen von Krisen sei das Ende des Neoliberalismus nicht in Sicht. Die massiven Krisen der Finanzmärkte und die Probleme der wachsenden Armut und Exklusion haben derzeit nicht, wie es Varianten der Depravationsthese sehen, zu neuen Widerstandspotentialen geführt. Es sei auf diskursiver Ebene nicht gelungen, eine konkrete Gegenhegemonie zu formulieren und als Alternative aufzubauen.

Darüber hinaus vermochten es gerade auch die sozialdemokratisch-neoliberalen Regierungen, kritische Akteure und Milieus politisch einzubinden (in Deutschland mit dem Schlagwort „Neue Mitte“) und so das neoliberale Modell zu vertiefen. Gramsci hatte diese Strategie des Einbezugs oppositioneller Akteure als Transformismus bezeichnet. Hiermit wurde der Neoliberalismus in vielen Ländern erst hegemonial. Ob letztlich auch die Politik von Brasiliens neuem Präsidenten Ignacio „Lula“ da Silva von der Arbeiterpartei eine Politik des Transformismus oder eine des sozialen Wandels hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist, wozu eine grundlegende Agrarreform und Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Armen gehören würden, diskutiert *Gilberto Calcagnotto* in Bezug auf die ersten Hundert Tage der Amtszeit. Calcagnotto ist vorsichtig optimistisch; Lula habe mit seiner Strategie, gleichzeitig eine wirtschaftliche Stabilisierung und damit die Wiederherstellung des Vertrauens der Finanzmärkte und eine konsequente Politik zur Bekämpfung von Exklusion in Angriff zu nehmen, zumindest die Voraussetzungen für eine effektive Förderung sozialer Gerechtigkeit unter den von ihm nicht zu verändernden, globalen Rahmenbedingungen geschaffen.

Schließlich drucken wir in diesem Heft noch eine Replik von *Theo Rauch* auf den Beitrag von Patrick Heller zur Politik der demokratischen Dezentralisierung in Kerala, Südafrika und Porto Alegre (PERIPHERIE 87) ab. Rauch setzt sich vor allem mit der kritischen Bewertung des südafrikanischen Prozesses auseinander. Er betont die weitergehenden Partizipationsansätze seit 2001 und fordert eine abgewogenere Beurteilung der Entwicklung in Südafrika.